

Anzeigepflicht bei Abfalltransporten

Am 1. Juni 2014 tritt die Verordnung zur Fortentwicklung der abfallrechtlichen Überwachung in Kraft. Kernstück dieser Verordnung ist die Anzeige- und Erlaubnisverordnung (AbfAEV), welche die bisherige Beförderungserlaubnisverordnung (Transportgenehmigung) ablöst und frühere Missverständnisse beim Umgang mit Abfällen klären soll. Die AbfAEV regelt nunmehr die Pflichten für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von Abfällen.

Handwerksbetriebe – Wer ist betroffen?

Ist das Sammeln und Befördern von Abfällen **kein** wirtschaftlicher Hauptzweck Ihres Unternehmens, sind Sie von einer Anzeigepflicht ganz befreit, sofern Sie eine Gesamtmenge von 2 Tonnen gefährlicher Abfälle (z.B. Mineralwolle, asbesthaltige Baustoffe etc.) sowie 20 Tonnen nicht gefährlicher Abfälle (z.B. Bauschutt, Gewerbeabfälle etc.) je Kalenderjahr nicht überschreiten. Für Sie könnte es aber schwierig sein, diese Mengen im Vorhinein für ein Jahr abzuschätzen – unser Rat ist daher, falls Sie überhaupt Abfälle selbst transportieren, vorsorglich eine Anzeige durchzuführen.

Diese Anzeige muss nunmehr recht schnell erfolgen. Dazu können Sie den Weg des elektronischen Formulars gehen; unter www.eaev-formulare.de werden Sie Schritt für Schritt durch die „Anzeige“ (links oben bitte anklicken) geführt. Sie können sich aber auch von der zuständigen Behörde unter 42840-4108 oder -4308 das Formular in Papierform zuschicken lassen. Die Kosten betragen in Hamburg einmalig 40 €, die Anzeige ist nicht befristet.

Die Behörde wird sicher nicht gleich ab dem 01.06.2014 Bußgelder verhängen, wenn ein Fahrzeug mit Abfällen nicht einen Ausdruck des Anzeigeformulars (bzw. der behördlichen Rückmeldung) mit sich führt, trotzdem sollten Sie nun möglichst schnell handeln.

Mehr Informationen dazu erhalten Sie bei den Fachleuten von ZEWU mobil⁺, rufen Sie unter (040) 35905-505 an und vereinbaren einen Termin - Sie können sich auch das Anzeigeformular als ausfüllbare pdf-Datei von dort per Mail zuschicken lassen.

- Juni 2014 -

Das Projekt wird aus dem Europäischen Sozialfonds ESF und von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.